

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Die Mehrheit will, dass Koch geht!

Das ist der Auftrag an Ypsilanti für eine SPD-geführte Regierung!

„Koch muss weg – mit seiner Politik der sozialen Verwüstungen muss Schluss sein!“, mit dieser Losung haben sozialdemokratische ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftskollegInnen, die sich in der hessischen Arbeitnehmerinitiative versammelt haben, für die Rückerobung der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit mobilisiert.

In Diskussionen mit der sozialdemokratischen Basis und der Parteitagsmehrheit hat die Spitzenkandidatin der SPD in Hessen sich vorsichtig für „Kurskorrekturen“ an der von der SPD-Führung in der Großen Koalition vertretenen Politik der sozialen Demontage, der Agenda 2010, ausgesprochen.

So hat sie ins Zentrum ihres Wahlkampfes die Forderungen der Bevölkerungsmehrheit nach Respektierung des gewerkschaftlichen Flächentarifvertrags und nach dem Stopp des Sparkurses auf Kosten der Schüler und Lehrer, für eine qualifizierte Bildung für alle Schüler gerückt.

„Ich will keine Reformen mehr, vor denen die Menschen Angst haben.“ (Andrea Ypsilanti)

Mit dieser Positionierung konnte sie für die SPD Stimmen der ArbeitnehmerInnen und der Jugend gewinnen. Mit einem Plus von 210.578 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl hat sie die SPD wieder aus dem Tief geholt, während Koch und die CDU 324.114 Stimmen verloren haben. Mit 36,7% der Stimmen (einem Plus von 7,6% Punkten) konnte sie fast denselben Stimmenanteil erobern wie die CDU mit 36,8% (einem Minus von 12% Punkten).

Koch hatte noch versucht, mit seiner reaktionären Hasskampagne gegen „kriminelle junge Ausländer“ das Ruder für die CDU rumzureißen. Doch er konnte die Mehrheiten nicht täuschen: von seiner Politik, die allen Jugendlichen jede

Lebensperspektive raubt, geht die Gewalt gegen die Jugend aus. Er, der als Musterschüler die Politik der Großen Koalition und der Agenda 2010, dem Gebot der EU folgend, umgesetzt hat, ist verantwortlich für die sozialen Verwerfungen.

In dem Wahlergebnis für die SPD und dem Einbruch von Koch und der CDU drückt sich die Absage der Bevölkerungsmehrheit an die Politik der Großen Koalition und der Agenda 2010 aus. Es ist geprägt von dem Willen nach einer Politik gegen die Antireformen – für die Wiederherstellung des Sozialstaats, der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, dem Ypsilanti vorsichtig geantwortet hat. Auch die »Linke« hat davon in gewisser Weise noch profitiert und knapp den Einzug in den Landtag geschafft.

„Die Sozialdemokratie ist wieder da“, erklärte Ypsilanti nach der Wahl: „Wir haben die richtigen Themen gesetzt und gezeigt, dass wir mit unseren Themen Wahlen gewinnen können. Das gilt auch für die Bundesebene.“

Dass Andrea Ypsilanti dieses Mandat jetzt zum Auftrag macht für die Regierungsbildung unter Führung der SPD, fordern SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen der Hessischen Arbeitnehmerinitiative.

In Niedersachsen gab es bei den Landtagswahlen keine Entscheidung des SPD-Spitzenkandidaten Jüttner für eine sozialdemokratische Profilierung gegen die zerstörerische Agenda-Politik, die von Schröder begonnen wurde und von der Großen Koalition fortgesetzt wird. Eine Offensive für eine Umkehr des Zerstörungskurses der EU/Agenda-Politik, für die Wiederherstellung der Errungenschaften des Sozialstaats, gab es nicht.

Das erklärt sowohl die äußerst niedrige Wahlbeteiligung von 57% (gegen-

über 67% bei der letzten Landtagswahl), wie das mit 30,3% seit 1947 schlechteste Wahlergebnis für die SPD, bei gleichzeitig beträchtlichen Verlusten für die CDU (Wulff verliert 469.368 Stimmen, d.h. mehr als sogar Koch). Und es erklärt auch die 7,1% für die »Linke«.

Der regelrechte Absturz von Koch und die Wahlverluste von CDU und SPD in Niedersachsen, wie der Wahlerfolg für die SPD unter Ypsilanti in Hessen, sind eine massive Absage an die EU/Agenda-Politik der Großen Koalition und demoliert deren Arbeitsbedingungen noch mehr.

Große Bedeutung für Europa

„Eine Wahl in zwei deutschen Bundesländern kann mehr für uns in Schweden bedeuten, als man meint. Die gestrigen Zugewinne für die linke Seite haben Einfluss auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr und damit auf die Machtbalance in der EU. Deutschlands politische Landschaft ist merkwürdig. Die rot-grünen Parteien bekamen eine klare Mehrheit bei der letzten Parlamentswahl. Trotzdem hat das Land mit Angela Merkel eine bürgerliche Kanzlerin ... Jetzt wurde Linkspolitik innerhalb der Sozialdemokratie zu einem Erfolgsprojekt für Andrea Ypsilanti in Hessen. (...) Wie lange will sich die Sozialdemokratie noch in einer Koalition mit den Christdemokraten quälen, wenn es doch eine Mehrheit für eine progressive Politik gibt?“ (»Aftonbladet«, Stockholm, 28. Januar)

Es gibt eine Mehrheit jenseits der bürgerlichen Parteien.

(Forts. auf S. 3 links)

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

„Die Sozialdemokratie ist wieder da“

(Andrea Ypsilanti, Spitzenkandidatin der SPD in Hessen am Wahlabend)

In einem Brief wandte sich A. Ypsilanti nach der Hessenwahl an alle SPD-Mitglieder: „Wir haben gestern einen großartigen Wahlerfolg erzielt. Wir konnten gegenüber der letzten Landtagswahl 210.000 Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen. Das entspricht einem satten Plus von 7,6%. (...) Es hat mir viel Spaß gemacht, gemeinsam mit Euch für ein besseres Hessen zu kämpfen. Die Stimmung in und außerhalb der Partei war ganz hervorragend, sie hat an große Zeiten der Sozialdemokratie erinnert... Wir haben mit unseren Themen Bildung, soziale Gerechtigkeit und erneuerbare Energien den Wahlkampf bestimmt und die Menschen erreicht. Das Ergebnis hat gezeigt: Es lohnt sich, bis zuletzt um jede Stimme zu ringen.“

Nach Wahlanalysen haben sich insbesondere die Mehrheit der Frauen (Eltern!) und junge Menschen an die SPD gewandt. Der Wahlkampf in Hessen war begleitet von einem Zustrom neuer Mitglieder (2/3 davon unter 30 Jahren).

Auf dem Frankfurter Beirat, der Versammlung der Vertreter der Basisorganisationen der SPD, freute sich ein UB-Vorstandsmitglied: „Seit 1998 (Ablösung der Regierung Kohl) haben wir nicht mehr so einen (Wahl-) Erfolg wie heute erlebt. Wichtig ist, dass die Politik der Spaltung von Koch in Deutschland keine Mehrheit findet.“ Ein Juso: „Ich bin stolz darauf, dass die SPD wieder SPD ist. Nach 140 Jahren zeigt sich, dass die SPD wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist. Es bewegt sich wieder



etwas, insbesondere wenn die Studiengebühren wieder zurückgenommen werden.“

Der SPD-Landesvorstand hat beschlossen, mit den Grünen und insbesondere mit der FDP Gespräche über eine Regierungsbildung zu führen. Man sei sich bewusst, dass die FDP sich vor der Hamburg-Wahl nicht bewegen werde. Die Vertreter der Ortsvereine machten deutlich, dass man mit der CDU, die diesen Wahlkampf geführt hat und für die bisherigen Politik verantwortlich ist, keine Große Koalition eingehen könne. Das mache Kandidatin und Programm der SPD unglaublich. Andere Genossen warnten vor einer Koalition mit der FDP, die mit ihrem Privatisierungsprogramm unvereinbar mit dem Programm der hessischen SPD sei.

Der Landesvorstand hat entschieden, unabhängig davon, ob es zu einer Koalition kommt, die konstituierende Sitzung

des Landtags am 5. April dafür zu nutzen, Gesetzesvorhaben, wie die Rücknahme der Studiengebühren, einzubringen.

Die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative, in der sich GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen für die Rückeroberung der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit engagiert haben, kämpft dafür,

dass die SPD eine Regierung bildet, die ihre Zusagen erfüllt:

– **die Respektierung der freien Lohnverhandlungen,**

– **die Wiederherstellung und Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrags,**

– **die Integration der hessischen Beschäftigten in den einheitlichen Tarifikampf des Öffentlichen Dienstes 2008,**

– **Rücknahme der Studiengebühren und der Selektionsmaßnahmen im Bildungsbereich, wie G 8 und den Unterrichtsgarantie-plus-Bluff.**

„Das Mandat der WählerInnen an die SPD ist, eine solche Regierung zu bilden – mit denen, die sich verpflichten, dass die Forderungen der Wählermehrheit zum Auftrag für das Handeln der Regierung werden“, erklärte Michael Altmann in seinem Beitrag für den SPD-Beirat.

Mehrheit will, dass Koch geht!

(Forts. v. Seite 1)

Das wird sichtbar in der Bilanz des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, dass Kurskorrekturen hin zu einer sozialen Politik, wie sie seit dem Hamburger SPD-Parteitag auf der Tagesordnung stehen, bei den Wählern gut ankommen. Die Sozialdemokraten, so Beck, hätten in Hessen die richtigen Themen gesetzt: „Daran werden wir festhalten.“

Mit der Verpflichtung auf den wirklichen Kurswechsel gegenüber der Politik der sozialen Demontage wird es auch auf Bundesebene möglich, wieder eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit zu erobern.

CARLA BOULBOULLÉ

EUROPÄISCHE KONFERENZ in Paris am 2./3. Februar 2008**„NEIN zum Europäischen Vertrag“**

Für die Konferenz haben Kolleginnen und Kollegen aus 19 europäischen Ländern ihre Teilnahme angemeldet (Albanien, Deutschland, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn, Italien, Moldawien, Portugal, Tschechische Republik, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Schweden, Schweiz, Türkei).

Sie kämpfen in ihren jeweiligen Ländern gegen den Versuch, den Völkern einen „neuen“ europäischen Vertrag aufzubürden, der bis auf wenige Ausnahmen den ursprünglichen „Verfassungs“-ent-

wurf übernimmt und noch verschärft, der vor 2 Jahren von den europäischen Völkern und ArbeitnehmerInnen zurückgewiesen wurde.

In jedem Land werden in Vorbereitung der Konferenz Untersuchungen über die Konsequenzen der Politik der Europäischen Union erarbeitet.

Beiträge zur Konferenz werden in den monatlich erscheinenden »Internationalen Informationen« (deutsche Ausgabe des Bulletins der Internationalen Arbeitnehmerverbindung (IAV) veröffentlicht.

Unterstützt den Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten der SPD: „Stimmt Nein zum Lissabon-Vertrag“!

• **Verteidigt mit Eurem Nein den Sozialstaat, den Öffentlichen Dienst, die sozialen und demokratischen Arbeitnehmerrechte, die nach 1945 gefestigten demokratischen und sozialen Grundlagen der Bundesrepublik.**